

Berlin, 7. Februar 2018

**Ein neuer Aufbruch für Europa  
Eine neue Dynamik für Deutschland  
Ein neuer Zusammenhalt für unser Land**

**Koalitionsvertrag  
zwischen  
CDU, CSU und SPD**

# Inhalt

Präambel .....	4
<b>I. Ein neuer Aufbruch für Europa .....</b>	<b>6</b>
<b>II. Eine neue Dynamik für Deutschland .....</b>	<b>11</b>
<b>III. Familien und Kinder im Mittelpunkt .....</b>	<b>19</b>
1. Familien .....	19
2. Kinder stärken – Kinderrechte ins Grundgesetz .....	21
3. Gleichberechtigung von Frauen und Männern .....	23
4. Bekämpfung von Gewalt gegenüber Frauen und ihren Kindern .....	25
5. Seniorinnen und Senioren .....	26
<b>IV. Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung .....</b>	<b>28</b>
1. Allgemeine Bildung und Schulen .....	28
2. Berufliche Bildung und Weiterbildung .....	29
3. Hochschulen und Wissenschaft .....	32
4. Forschung und Innovation .....	34
5. Digitalisierung .....	37
<b>V. Gute Arbeit, breite Entlastung und soziale Teilhabe sichern .....</b>	<b>50</b>
1. Gute Arbeit .....	50
2. Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bei Steuern und Sozialabgaben .....	53
<b>VI. Erfolgreiche Wirtschaft für den Wohlstand von morgen .....</b>	<b>55</b>
1. Wirtschaft .....	55
2. Finanzen und Steuern .....	66
3. Energie .....	71
4. Verkehr .....	74
5. Landwirtschaft und Ernährung .....	84
<b>VII. Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten .....</b>	<b>92</b>
1. Rente .....	92
2. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen .....	94
3. Reform des Sozialen Entschädigungsrechts .....	95
4. Gesundheit und Pflege .....	96
<b>VIII. Zuwanderung steuern – Integration fordern und unterstützen .....</b>	<b>104</b>
1. Flüchtlingspolitik .....	104
2. Erwerbsmigration .....	106
3. Gelingende Integration .....	106
4. Effizientere Verfahren .....	108
<b>IX. Lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbares Wohnen .....</b>	<b>110</b>
1. Wohnraumoffensive .....	110
2. Mieten .....	112
3. Stadtentwicklung und Baukultur .....	113
4. Innovation und Wirtschaftlichkeit beim Bauen .....	115
5. Heimat mit Zukunft .....	117

6.	<i>Lärmschutz und Bürgerbeteiligung</i> .....	121
7.	<i>Personenbeförderungsrecht, ÖPNV und Mobilität im ländlichen Raum</i> .....	122
<b>X.</b>	<b>Ein handlungsfähiger und starker Staat für eine freie Gesellschaft</b> .....	<b>124</b>
1.	<i>Pakt für den Rechtsstaat</i> .....	124
2.	<i>Moderner Staat</i> .....	129
3.	<i>Modernes Recht für eine moderne Gesellschaft</i> .....	131
4.	<i>Prävention</i> .....	134
5.	<i>Verbraucherschutz</i> .....	135
6.	<i>Sport</i> .....	137
<b>XI.</b>	<b>Verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen</b> .....	<b>139</b>
1.	<i>Umwelt und Klima</i> .....	139
2.	<i>Raumordnung</i> .....	145
<b>XII.</b>	<b>Deutschlands Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt</b> .....	<b>146</b>
1.	<i>Europäische Außen- und Sicherheitspolitik</i> .....	147
2.	<i>Internationale und europäische Bündnisse und Partnerschaften</i> .....	149
3.	<i>Abrüstung und restriktive Rüstungsexportpolitik</i> .....	150
4.	<i>Bilaterale und regionale Zusammenarbeit in Europa und der Welt</i> .....	151
5.	<i>Außenwirtschaftspolitik sowie Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik</i> .....	155
6.	<i>Menschenrechte, Krisenprävention und humanitäre Hilfe</i> .....	157
7.	<i>Moderne Bundeswehr</i> .....	158
8.	<i>Entwicklungspolitik für eine gerechte Globalisierung</i> .....	161
<b>XIII.</b>	<b>Zusammenhalt und Erneuerung – Demokratie beleben</b> .....	<b>166</b>
1.	<i>Bürgerbeteiligung</i> .....	166
2.	<i>Kunst, Kultur und Medien</i> .....	166
<b>XIV.</b>	<b>Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen</b> .....	<b>177</b>
1.	<i>Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen</i> .....	177
2.	<i>Kooperation der Parteien</i> .....	177
3.	<i>Kooperation der Fraktionen</i> .....	177
4.	<i>Arbeit in der Bundesregierung</i> .....	178
5.	<i>Europapolitische Koordinierung</i> .....	178
6.	<i>Evaluierung</i> .....	178

## 1 **Präambel**

2 Wir erleben neue politische Zeiten mit vielfältigen Herausforderungen für Deutsch-  
3 land – sowohl international als auch national. Deutschland ist weltweit ein anerkannter  
4 Partner, aber nur mit einem neuen Aufbruch für Europa wird Deutschland langfristig  
5 Frieden, Sicherheit und Wohlstand garantieren können. Die Europäische Union  
6 muss ihre Werte und ihr Wohlstandsversprechen bewahren und erneuern. Nur eine  
7 starke Europäische Union ist der Garant für eine Zukunft in Frieden, Sicherheit und  
8 Wohlstand.

9  
10 Wir wollen eine neue Dynamik für Deutschland. Nur so können wir das Erreichte si-  
11 chern und ausbauen. Unsere Ausgangslage ist gut. Die Wirtschaft boomt, noch nie  
12 waren so viele Menschen in Arbeit und Beschäftigung. Das ist auch Ergebnis der  
13 Regierungszusammenarbeit von CDU, CSU und SPD. Unsere heutige wirtschaftliche  
14 Stärke eröffnet die Chance, Gerechtigkeit langfristig zu sichern. Unser Ziel ist ein  
15 nachhaltiges und inklusives Wachstum, dessen Erträge allen zugutekommen. Wir  
16 wollen die kreativen Potenziale in Deutschland mobilisieren und die Chancen der  
17 Digitalisierung nutzen. Deutschland braucht wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt,  
18 an dem alle teilhaben.

19  
20 Wir wollen, dass der Wohlstand bei allen Menschen ankommt. Das Wahlergebnis hat  
21 gezeigt, dass viele Menschen unzufrieden und verunsichert sind. Daraus ziehen wir  
22 mit dem vorliegenden Koalitionsvertrag und seiner Politik die entsprechenden  
23 Schlüsse. Wir wollen sichern, was gut ist, aber gleichzeitig den Mut zur politischen  
24 Debatte, zu Erneuerung und für Veränderung beweisen.

25  
26 Bürgerinnen und Bürger haben ein starkes Bedürfnis nach Gemeinschaft, Sicherheit  
27 im Alltag, Bewahrung der kulturellen Identität, Stabilität, einem guten Miteinander und  
28 einer gestaltenden Politik, die Menschen auf Augenhöhe zusammenbringt. Millionen  
29 Menschen engagieren sich in Deutschland in sozialen, kulturellen und lokalen Bewe-  
30 gungen sowie in Gemeinde- und Stadträten, Kreistagen, Kirchen und Religionsge-  
31 meinschaften für unser Gemeinwesen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir unser Land  
32 besser, sicherer und gerechter machen.

33  
34 Wir werden die Probleme anpacken, welche die Menschen in ihrem Alltag bewegen,  
35 und setzen uns mutige Ziele für die nächsten vier Jahre. Wir arbeiten für Stabilität  
36 und Zusammenhalt, für Erneuerung und Sicherheit und für die Gleichwertigkeit der  
37 Lebensverhältnisse in unserem Land. Die besonderen Herausforderungen in Ost-  
38 deutschland erkennen wir als gesamtdeutschen Auftrag an.

39  
40 Den sozialen Zusammenhalt in unserem Land wollen wir stärken und die entstan-  
41 denen Spaltungen überwinden. Wir nehmen die Ängste der Menschen ernst und wollen  
42 ihnen durch unsere gemeinsame Arbeit umfassend begegnen. Wir geben allen Kin-  
43 dern und Jugendlichen gleiche Bildungschancen, damit Leistung und Talent über die  
44 persönliche Zukunft entscheiden, nicht die soziale Herkunft. Wir schaffen neue Per-  
45 spektiven für gute Arbeit und mehr Sicherheit im Alter.

46  
47 Wir wollen, dass die Menschen bei uns die vielfältigen Chancen nutzen und in Si-  
48 cherheit leben können. Familien stärken wir und sorgen dafür, dass Familie und Be-  
49 ruf besser vereinbar sind.

50

51 Unser gemeinsames Ziel ist Vollbeschäftigung in Deutschland. Auch deshalb wollen  
52 wir Arbeit und Leben besser vereinbaren und unsere sozialen Sicherungssysteme  
53 modernisieren. Wir werden die Gesundheits- und Pflegeversicherung, die Alterssi-  
54 cherung und die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit weiter verbessern und an verän-  
55 derte Rahmenbedingungen anpassen, damit die Bürgerinnen und Bürger auch in  
56 Zukunft verlässlich abgesichert sind.

57

58 Wir wollen unser Land erneuern, in die Zukunft investieren und Innovationen fördern,  
59 damit wir unseren Wohlstand erhalten und ausbauen können.

60

61 Wir investieren in unser Land. Wir sorgen für genügend Kitaplätze, digital ausgestat-  
62 tete Schulen und schnelles Internet in Stadt und Land. Wir machen Deutschland zur  
63 energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt. Wir stärken unsere Sicherheitsbehör-  
64 den und gewährleisten dadurch bestmögliche Sicherheit.

65

66 Den digitalen Wandel von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft werden wir so gestal-  
67 ten, dass alle davon profitieren. Wir setzen auf Innovationen und wollen aus techni-  
68 schem sozialen Fortschritt machen.

69

70 Wir werden Migration in Zukunft besser steuern und ordnen sowie die Integration von  
71 Zugewanderten in unsere Gesellschaft umfassender fordern und unterstützen. Damit  
72 geben wir eine Antwort auf internationale Migrationsbewegungen auf der einen Seite  
73 und den Fachkräftebedarf in Deutschland auf der anderen Seite.

74

75 Mit unserem internationalen Engagement wollen wir einen größeren Beitrag leisten,  
76 um weltweit zu besseren Lebensbedingungen beizutragen sowie Frieden wiederher-  
77 zustellen und zu sichern.

78

79 Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit von Politik wol-  
80 len wir wieder stärken, indem wir Erneuerung und Zusammenhalt in den Mittelpunkt  
81 unserer Arbeit stellen. Wir wollen eine stabile und handlungsfähige Regierung bilden,  
82 die das Richtige tut. Dabei streben wir einen politischen Stil an, der die öffentliche  
83 Debatte belebt, Unterschiede sichtbar lässt und damit die Demokratie stärkt.

## 84 I. Ein neuer Aufbruch für Europa

85

86 Die Europäische Union ist ein historisch einzigartiges Friedens- und Erfolgsprojekt  
87 und muss es auch künftig bleiben. Sie verbindet wirtschaftliche Integration und  
88 Wohlstand mit Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Kern dieser europäi-  
89 schen Vision ist, dass die EU ihre gemeinsame politische und wirtschaftliche Kraft  
90 nutzt, um Frieden nach außen und Sicherheit und Wohlstand nach innen zu schaf-  
91 fen.

92

93 Deutschland hat Europa unendlich viel zu verdanken. Auch deshalb sind wir seinem  
94 Erfolg verpflichtet. Für Deutschland ist ein starkes und geeintes Europa der beste  
95 Garant für eine gute Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand.

96

97 So einzigartig die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung ist – selbstverständ-  
98 lich ist ihr Fortgang keineswegs. Die Herausforderungen, vor denen die Europäische  
99 Union steht, sind enorm. Das Vereinigte Königreich hat sich zum Austritt aus der EU  
100 entschlossen. Die Herausforderungen durch Flucht und Migration stellen die europäi-  
101 sche Partnerschaft und Solidarität auf eine harte Probe. Wachstum und Beschäfti-  
102 gung kommen zwar in Europa wieder besser in Schwung, die Folgen der Wirt-  
103 schaftskrise sind aber noch nicht vollständig überwunden. Die Jugendarbeitslosigkeit  
104 ist in Teilen Europas noch immer besorgniserregend hoch. Die freiheitlichen und de-  
105 mokratischen Grundprinzipien, die in den europäischen Verträgen verankert sind,  
106 wollen wir gegen jeden Angriff durch politische Parteien und Bewegungen verteidigen.  
107

108

109 Hinzu kommt: Die globalen Kräfteverhältnisse haben sich in den letzten Jahren  
110 grundlegend verändert, politisch, wirtschaftlich und militärisch. Neue Schwerpunkt-  
111 setzungen der USA, das Erstarken Chinas und die Politik Russlands machen deut-  
112 lich: Europa muss sein Schicksal mehr als bisher in die eigenen Hände nehmen. Nur  
113 gemeinsam hat die EU eine Chance, sich in dieser Welt zu behaupten und ihre ge-  
114 meinsamen Interessen durchzusetzen. Nur gemeinsam können wir unsere Werte  
115 und unser solidarisches Gesellschaftsmodell, das sich mit der Sozialen Marktwirt-  
116 schaft verbindet, verteidigen. Ein starkes, demokratisches, wettbewerbsfähiges und  
117 soziales Europa der Menschen muss unsere Antwort auf die Herausforderungen un-  
118 serer Zeit sein.

119

120 Deshalb braucht die EU eine Erneuerung und einen neuen Aufbruch:

121

### 122 **Wir wollen ein Europa der Demokratie und Solidarität**

123 • Wir wollen den Zusammenhalt Europas auf Basis seiner demokratischen und  
124 rechtsstaatlichen Werte auf allen Ebenen vertiefen und das Prinzip der wechselseitigen  
125 Solidarität stärken.

126 • Wir wollen, dass sich Deutschland aktiv in die Debatte über die Zukunft der EU  
127 und eine Stärkung der europäischen Integration einbringt und wollen die Bürgerinnen  
128 und Bürger in bundesweiten öffentlichen Dialogen an der Reformdebatte in  
129 Europa beteiligen. Wir wollen dadurch Europa bürgernäher und transparenter machen  
130 und neues Vertrauen gewinnen.

131 • Wir wollen ein Europa der Demokratie mit einem gestärkten Europäischen Parla-  
132 ment und einem lebendigen Parlamentarismus auf nationaler, regionaler und  
133 kommunaler Ebene.

- 134 • Die demokratischen und rechtsstaatlichen Werte und Prinzipien, auf denen die  
135 europäische Einigung ruht, müssen noch konsequenter als bisher innerhalb der  
136 EU durchgesetzt werden.  
137

### 138 **Wir wollen ein Europa der Wettbewerbsfähigkeit und der Investitionen**

- 139 • Investitionen in Europa sind Investitionen in eine gute Zukunft unseres Landes.  
140 Wachstum und Wohlstand in Deutschland sind auf das Engste mit Wachstum und  
141 Wohlstand in Europa verknüpft.
- 142 • Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihre Wachstumskräfte im Kontext  
143 der Globalisierung stärken, um zukunftsgerechte Arbeitsplätze in der EU zu si-  
144 chern und neue zu schaffen: Das ist die Basis unseres künftigen Wohlstands.
- 145 • Die Soziale Marktwirtschaft, die auf Unternehmensverantwortung, Sozialpartner-  
146 schaft, Mitbestimmung und einer fairen Verteilung des erwirtschafteten Wohl-  
147 stands beruht, braucht eine Renaissance, gerade in Zeiten der Digitalisierung.
- 148 • Wir stärken in der EU die strategische Forschungspolitik, die Innovationsfähigkeit  
149 und vollenden den digitalen Binnenmarkt.
- 150 • Wir wollen die Investitionskräfte in Europa auch dadurch stärken, dass wir Initiati-  
151 ven wie das Europäische Investitionsprogramm EFSI fortführen und ausbauen.
- 152 • Wir brauchen weiterhin eine starke EU-Kohäsionspolitik in allen Regionen, insbe-  
153 sondere auch in den bisherigen Übergangs- und den stärker entwickelten Regio-  
154 nen. Wir wollen die wichtigen Strukturfonds der EU erhalten. Das muss auch nach  
155 dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU gelten.  
156

### 157 **Wir wollen ein Europa der Chancen und der Gerechtigkeit**

- 158 • Europa muss ein Kontinent der Chancen sein, besonders für junge Menschen. Sie  
159 sind Europas Zukunft. Wir wollen, dass junge Menschen ihre Hoffnungen auf Eu-  
160 ropa setzen können. Wir wollen, dass sie gute Jobs finden, sich frei und mobil in  
161 Europa bewegen können, dass sie im Austausch mit anderen Freundschaften  
162 schließen und europäisches Zusammenleben praktisch erfahren können. Deshalb  
163 wollen wir die Austauschprogramme wie Erasmus+ ausbauen und die Jugendar-  
164 beitslosigkeit mit mehr Mitteln der EU bekämpfen.
- 165 • Soziale Grundrechte, insbesondere das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche  
166 Arbeit am gleichen Ort in der EU, wollen wir in einem Sozialpakt stärken. Wir wol-  
167 len faire Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine  
168 bessere Koordinierung der Arbeitsmarktpolitik. Die Revision der Entsenderichtlinie  
169 gilt es zügig und möglichst mit weiteren Verbesserungen zum Abschluss zu brin-  
170 gen.
- 171 • Wir wollen einen Rahmen für Mindestlohnregelungen sowie für nationale Grundsi-  
172 cherungssysteme in den EU-Staaten entwickeln. Wer konsequent gegen Lohn-  
173 dumping und soziale Ungleichheiten in wirtschaftlich schwächeren Ländern in Eu-  
174 ropa kämpft, sichert auch den Sozialstaat und die Soziale Marktwirtschaft in  
175 Deutschland.
- 176 • Wir wollen faire Mobilität fördern, jedoch missbräuchliche Zuwanderung in die Sys-  
177 teme der sozialen Sicherheit unterbinden.
- 178 • Wir wollen mehr Vergleichbarkeit von Bildungsstandards in der EU.
- 179 • Wir bekämpfen Steuerdumping, -betrug, -vermeidung und Geldwäsche  
180 gleichermaßen international und in der EU.
- 181 • Wir unterstützen eine gerechte Besteuerung großer Konzerne, gerade auch der  
182 Internetkonzerne wie Google, Apple, Facebook und Amazon.

- 183 • Unternehmen dürfen sich künftig nicht mehr ihrer gesellschaftlichen Verantwortung  
184 entziehen können, indem sie die Staaten der EU gegeneinander ausspielen.  
185 Steuerdumping muss unterbunden werden.
- 186 • Wir unterstützen eine gemeinsame, konsolidierte Bemessungsgrundlage und Min-  
187 destsätze bei den Unternehmenssteuern. Wir wollen mit Frankreich zusammen  
188 hierfür eine Initiative ergreifen, auch um eine europäische Antwort auf internatio-  
189 nale Veränderungen und Herausforderungen in diesem Bereich, nicht zuletzt in  
190 den USA, zu geben.
- 191 • Die Einführung einer substantiellen Finanztransaktionssteuer wollen wir zum Ab-  
192 schluss bringen.

193

### 194 **Wir wollen ein Europa des Friedens und der globalen Verantwortung**

- 195 • Globale Herausforderungen brauchen europäische Antworten. Wir sind uns einig  
196 in der klaren Absage an Protektionismus, Isolationismus und Nationalismus. Wir  
197 brauchen international mehr und nicht weniger Kooperation.
- 198 • Lokale Herausforderungen können nur lokal wirklich gelöst werden. Deshalb brau-  
199 chen wir gelebte Subsidiarität, auch um die Handlungsspielräume von Kommunen  
200 und Ländern zu stärken.
- 201 • Die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss im Sinne einer  
202 Friedensmacht Europa gestärkt werden. Sie muss dem Prinzip eines Vorrangs  
203 des Politischen vor dem Militärischen folgen und auf Friedenssicherung, Entspan-  
204 nung und zivile Krisenprävention ausgerichtet sein. Wir wollen die Zusammenar-  
205 beit bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik (PESCO) stärken und mit Leben  
206 füllen.
- 207 • Die EU-Erweiterungspolitik bleibt wichtig, um Frieden, Stabilität und Zusammenar-  
208 beit zu fördern. Zugleich muss die EU durch innere Reformen ihre Handlungsfä-  
209 higkeit sicherstellen. Alle Länder des westlichen Balkans haben eine Beitrittspers-  
210 spektive. Wir unterstützen ihre Annäherung an die EU und schenken der Entwick-  
211 lung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besondere Aufmerksamkeit. Voraus-  
212 setzung für Fortschritte bei der Annäherung ist, dass die Staaten der Region die  
213 dafür vorgesehenen Kriterien vollständig erfüllen.
- 214 • In der Flüchtlings- und Migrationspolitik muss die EU ihrer humanitären Verantwor-  
215 tung gerecht werden und zugleich Migration besser ordnen und steuern. Wir wol-  
216 len Fluchtursachen umfassend bekämpfen, die Außengrenzen der EU gemeinsam  
217 wirksamer schützen sowie eine solidarische Verantwortungsteilung in der EU  
218 schaffen.
- 219 • Wir wollen mit einer kohärenten Afrika-Strategie die Zusammenarbeit mit Afrika  
220 auf allen Ebenen ausbauen. Wir unterstützen einen Marshall-Plan für Afrika, um  
221 die Afrikanische Union bei der Umsetzung der Agenda 2063 zu unterstützen.
- 222 • Wir wollen eine offene und faire Handelspolitik, die allen zu Gute kommt und auf  
223 Wachstum, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit zielt.
- 224 • Die EU muss beim Klimaschutz international eine Vorreiterrolle einnehmen und für  
225 eine ambitionierte Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens eintreten.
- 226 • Die EU braucht auch eine gemeinsame Außen- und Menschenrechtspolitik.

227

228 Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir die EU in ihrer Handlungsfähigkeit stärken,  
229 insbesondere auch das Europäische Parlament. Wir wollen die EU finanziell stärken,  
230 damit sie ihre Aufgaben besser wahrnehmen kann. Dafür werden wir bei der Erstel-  
231 lung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens Sorge tragen. Dabei befürworten wir  
232 auch spezifische Haushaltsmittel für wirtschaftliche Stabilisierung und soziale Kon-  
233 vergenz und für die Unterstützung von Strukturreformen in der Eurozone, die Aus-



234 gangspunkt für einen künftigen Investivhaushalt für die Eurozone sein können. Wir  
235 sind zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit. Wir wollen einen  
236 Haushalt, der klar auf die Aufgaben der Zukunft mit europäischem Mehrwert ausge-  
237 richtet ist.

238  
239 Wir wollen in diesem Sinne und insbesondere auch in enger Partnerschaft mit Frank-  
240 reich die Eurozone nachhaltig stärken und reformieren, so dass der Euro globalen  
241 Krisen besser standhalten kann. Dabei bleibt der Stabilitäts- und Wachstumspakt  
242 auch in Zukunft unser Kompass. Stabilität und Wachstum bedingen einander und  
243 bilden eine Einheit. Zugleich muss auch künftig das Prinzip gelten, dass Risiko und  
244 Haftungsverantwortung verbunden sind. Wir wollen fiskalische Kontrolle, wirtschaftli-  
245 che Koordinierung in der EU und der Eurozone sowie den Kampf gegen Steuerbe-  
246 trug und aggressive Steuervermeidung vorantreiben. Die dazu aus den Mitgliedstaa-  
247 ten und von der EU-Kommission vorgelegten Vorschläge werden wir prüfen. Den  
248 Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wollen wir zu einem parlamentarisch  
249 kontrollierten Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln, der im Unionsrecht  
250 verankert sein sollte. Die Rechte der nationalen Parlamente bleiben davon unberührt.

251  
252 Insgesamt lassen wir uns davon leiten, dass die EU für Solidarität zwischen den Mit-  
253 gliedstaaten ebenso wie für ihre Bürgerinnen und Bürger stehen muss. Das Prinzip  
254 der wechselseitigen Solidarität muss auch für den EU-Haushalt gelten.

255  
256 Die Erneuerung der EU wird nur gelingen, wenn Deutschland und Frankreich mit  
257 ganzer Kraft gemeinsam dafür arbeiten. Deshalb wollen wir die deutsch-französische  
258 Zusammenarbeit weiter stärken und erneuern. Ein neuer Élysée-Vertrag ist hierzu  
259 ein erster und wichtiger Schritt, der insbesondere auch die europapolitische Zusam-  
260 menarbeit weiter stärken sollte. Deutschland und Frankreich müssen insbesondere  
261 auch Innovationsmotor sein und werden dies in Vorhaben wie der Erforschung  
262 Künstlicher Intelligenz unter Beweis stellen. Wir wollen gemeinsame Positionen mög-  
263 lichst zu allen wichtigen Fragen der europäischen und internationalen Politik entwi-  
264 ckeln und in Bereichen, in denen die EU mit 27 Mitgliedstaaten nicht handlungsfähig  
265 ist, vorangehen.

266  
267 Von besonderer Bedeutung ist für uns ebenfalls die deutsch-polnische Partnerschaft.  
268 Ihr Fundament bilden die Versöhnung zwischen Deutschen und Polen und die ge-  
269 meinsame Verantwortung für Europa. Dabei werden wir nicht vergessen, dass Polen  
270 und Ungarn den Grundstein für Europas und Deutschlands Wiedervereinigung in  
271 Freiheit gelegt haben. Auf dieser Basis wollen wir die Zusammenarbeit mit unserem  
272 Nachbarland Polen ausbauen. Dem zwischengesellschaftlichen Dialog kommt gera-  
273 de jetzt eine herausragende Bedeutung zu. Deshalb werden wir Akteure, wie z. B.  
274 das Deutsch-Polnische Jugendwerk, die Deutsch-Polnische Gesellschaft Bundesver-  
275 band, das Deutsche Polen-Institut sowie die Jugendbegegnungsstätten in Kreisau  
276 und Auschwitz auch weiterhin in ihrer Arbeit stärken. Wir werden die Zusammenar-  
277 beit mit Frankreich und Polen im Weimarer Dreieck intensivieren.

278  
279 Wir bedauern den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Uni-  
280 on. Auch nach seinem Ausscheiden wünschen wir uns eine vertrauensvolle Zusam-  
281 menarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Vereinigten Königreich  
282 und der EU-27.

283

284 Wir treten gemeinsam dafür ein, dass Deutschland seiner europäischen Verantwor-  
285 tung in einem Geist partnerschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Solidari-  
286 tät gerecht wird.

6806 **XII. Deutschlands Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der**  
6807 **Welt**  
6808

6809 Deutsche Außenpolitik ist dem Frieden verpflichtet und fest in den Vereinten Natio-  
6810 nen und der Europäischen Union verankert. Wir setzen uns für eine dauerhaft friedli-  
6811 che, stabile und gerechte Ordnung in der Welt ein. Gemeinsam mit unseren Partnern  
6812 verfolgen wir einen umfassenden und vernetzten Ansatz. Dabei setzen wir auf Dip-  
6813 lomatie, Dialog und Kooperation sowie Entwicklungszusammenarbeit. In diesem  
6814 Rahmen bleibt die Bundeswehr – wie im Weißbuch von 2016 dargelegt – ein unver-  
6815 zichtbarer Bestandteil deutscher Sicherheitspolitik. Unsere Politik basiert auf unseren  
6816 Werten und dient unseren Interessen.

6817  
6818 In den vergangenen Jahren ist die Welt unberechenbarer und unsicherer geworden –  
6819 auch für Deutschland und Europa. Internationale Ordnungen und fundamentale Prin-  
6820 zipien wie Multilateralismus, das Völkerrecht und die universelle Gültigkeit von Men-  
6821 schenrechten sind unter Druck und drohen zu erodieren. Die Folgen des Klimawan-  
6822 dels, Risiken von Handelskriegen, Rüstungswettläufen und bewaffneten Konflikten,  
6823 Instabilität im Nahen und Mittleren Osten, Fluchtbewegungen, sowie neue aggressi-  
6824 ve Nationalismen innerhalb und außerhalb Europas fordern uns heraus und wirken  
6825 bis in unsere Gesellschaften hinein.

6826  
6827 In dieser Lage ist es die überragende Aufgabe deutscher Politik, auf Regeln basie-  
6828 rende internationale Kooperationen, Institutionen und Organisationen als Grundlage  
6829 von Frieden, Sicherheit und Stabilität zu stärken und weiter zu entwickeln. Unser  
6830 Ziel ist eine gerechte Gestaltung der Globalisierung im Sinne der Agenda 2030, die  
6831 allen Menschen ein Leben in Würde und Sicherheit bietet. Wir setzen auf starke  
6832 Partnerschaften und Allianzen. Dabei steht die Stärkung gemeinsamen europäischen  
6833 Handelns und der Gestaltungskraft der EU im Mittelpunkt.

6834  
6835 Europa wird nur dann politisch und wirtschaftlich erfolgreich sein, wenn es seiner  
6836 Verantwortung in der Welt gerecht wird. Europa nutzt heute sein politisches und wirt-  
6837 schaftliches Potenzial zu wenig und mit zu geringem Selbstbewusstsein. Wir brau-  
6838 chen eine neue Kultur der Verantwortung, die die Glaubwürdigkeit Europas als Part-  
6839 ner in der westlichen Welt erhöht und unsere Position gegenüber aufstrebenden  
6840 Mächten stärkt.

6841  
6842 In dieser Lage verfolgt Deutschland zwei zentrale Ziele: Europa muss international  
6843 eigenständiger und handlungsfähiger werden. Gleichzeitig wollen wir die Bindung an  
6844 die USA festigen. Wir wollen transatlantisch bleiben und europäischer werden.

6845  
6846 Wir brauchen eine entschlossene und substanzielle Außen-, Sicherheits-, Entwick-  
6847 lungs- und Menschenrechtspolitik aus einem Guss. Wir wollen die dafür zur Verfü-  
6848 gung stehenden Mittel deutlich stärken, um die immensen internationalen Herausfor-  
6849 derungen zu bewältigen.

6850  
6851 Die Zunahme von weltweiten Krisen stellt auch Deutschland vor enorme Herausfor-  
6852 derungen - sowohl in der Außen- und Verteidigungspolitik wie in der Entwicklungszu-  
6853 sammenarbeit. Unser Land wird gemeinsam mit unseren Nachbarn in Europa in Zu-  
6854 kunft mehr eigene Verantwortung für seine Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit  
6855 übernehmen müssen. Zugleich werden wir noch mehr als bisher bei gemeinsamen  
6856 Initiativen in den Vereinten Nationen, in der EU oder auch im bilateralen Verhältnis

6857 zu anderen Staaten gefordert werden. Humanitäre Hilfe zu leisten bei Krieg, Bürger-  
6858 krieg, Hunger und Not gehört zu unserem politischen Selbstverständnis. Aber wir  
6859 verfolgen dabei auch ein umfassendes Konzept für Sicherheit. Wir wissen, dass mili-  
6860 tärliche Mittel zur Abwehr von Gewalt und Terror notwendig sein können. Zugleich  
6861 wissen wir aber auch, dass für eine Befriedung von Konflikten insbesondere die  
6862 nachhaltige Schaffung von Lebensperspektiven in den betroffenen Ländern von zent-  
6863 raler Bedeutung ist. Dies gilt insbesondere für junge Menschen. Deshalb will  
6864 Deutschland die für diese Aufgaben bereitgestellten Mittel angemessen erhöhen.  
6865

6866 Im Rahmen der jährlichen Haushaltsaufstellung ab 2018 bis 2021 wird die Koalition  
6867 zusätzlich entstehende Haushaltsspielräume prioritär dazu nutzen, neben den Ver-  
6868 teidigungsausgaben zugleich die Mittel für Krisenprävention, humanitäre Hilfe, aus-  
6869 wärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit ausgehend von  
6870 der Grundlage des 51. Finanzplans angemessen zu erhöhen im Verhältnis von eins  
6871 zu eins beim Verteidigungshaushalt zu Ausgaben im Rahmen der ODA-Quote (Kri-  
6872 senprävention, humanitäre Hilfe, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwick-  
6873 lungszusammenarbeit). Diese Erhöhungen dienen der Schließung von Fähigkeitslü-  
6874 cken der Bundeswehr und der Stärkung der europäischen Zusammenarbeit im Ver-  
6875 teidigungsbereich wie auch gleichermaßen der Stärkung der zivilen Instrumente der  
6876 Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen einer umfassenden ge-  
6877 meinsamen Friedens- und Sicherheitspolitik. Deutschland wird verbindlich mit dieser  
6878 Haushaltspolitik und der Koppelung von Verteidigungsausgaben und ODA-  
6879 quotenfähigen Ausgaben sowohl dem Zielkorridor der Vereinbarungen in der NATO  
6880 folgen als auch den internationalen Verpflichtungen zur weiteren Steigerung der  
6881 ODA-Quote nachkommen, deren beider Absinken bereits 2018 verhindert werden  
6882 muss.  
6883

6884 Die weitere (nicht ODA-quotenfähige) angemessene Mittelausstattung des Auswärtigen  
6885 Dienstes einschließlich des Konsularwesens, z. B. zum Schutz der Auslandsver-  
6886 tretungen, zur vollständigen Umsetzung des Gesetzes über den Auswärtigen Dienst,  
6887 sowie für den Aufbau einer einheitlichen Auslands-IT für alle Bundesbehörden, ins-  
6888 besondere die diplomatischen Auslandsvertretungen, bleibt davon unberührt.  
6889

### 6890 **1. Europäische Außen- und Sicherheitspolitik**

6891 Wir wollen eine Europäische Union, die nach Innen erfolgreich ist und zugleich in der  
6892 globalisierten Welt unsere Interessen wahrt und mit unseren Werten überzeugt. Hier-  
6893 zu braucht sie eine kraftvolle gemeinsame Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs- und  
6894 Entwicklungspolitik, die weit intensiver als bisher mit einer Stimme spricht und mit gut  
6895 ausgestatteten und aufeinander abgestimmten zivilen und militärischen Instrumenten  
6896 arbeitet.  
6897

6898 Dafür müssen die außenpolitischen Entscheidungsmechanismen innerhalb der EU  
6899 fortentwickelt werden. Analog zur Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im mili-  
6900 tärlichen Bereich (PESCO) wollen wir auch im zivilen Bereich eine vergleichbare  
6901 Struktur schaffen und werden hierzu eine Initiative anstoßen. Ebenso notwendig ist  
6902 auch die Weiterentwicklung der Strukturen der EU-Entwicklungspolitik.  
6903

6904 Wir werden die Europäische Verteidigungsunion mit Leben füllen. Dabei werden wir  
6905 die in die PESCO eingebrachten Projekte vorantreiben und das neue Instrument des  
6906 Europäischen Verteidigungsfonds nutzen. Wir setzen uns für ein angemessen aus-  
6907 gestattetes Hauptquartier der EU zur Führung der zivilen und militärischen Missionen

6908 ein. Wir wollen, dass die Planungsprozesse innerhalb der EU effizienter abgestimmt  
6909 und mit denen der NATO harmonisiert werden. Auch im Rahmen dieser Kooperation  
6910 bleibt die Bundeswehr eine Parlamentsarmee. Wir werden weitere Schritte auf dem  
6911 Weg zu einer „Armee der Europäer“ unternehmen.

6912  
6913 Gemeinsam mit Frankreich werden wir die vereinbarten Projekte des deutsch-  
6914 französischen Arbeitsplans („Feuille de Route“) engagiert fortsetzen. Gleiches gilt für  
6915 die deutsch-niederländische und die deutsch-norwegische Kooperationen, die wir  
6916 ausbauen wollen.

6917  
6918 Damit die Fähigkeits- und Rüstungskooperation innerhalb Europas künftig effizienter  
6919 wird, wollen wir in Zukunft militärische Fähigkeiten stärker gemeinsam planen, entwi-  
6920 ckeln, beschaffen und betreiben. Dabei soll ein einheitliches Design auf Basis ein-  
6921 heitlicher Fähigkeitsforderungen entwickelt werden und ein Staat die Federführung  
6922 der Umsetzung des Projektes übernehmen. Ferner soll die Wertschöpfung dort erfol-  
6923 gen, wo die beste unternehmerische und technologische Kompetenz in Industrie und  
6924 Mittelstand liegt.

6925  
6926 **Außen-, sicherheits- und entwicklungspolitische Handlungs- und Strategiefä-**  
6927 **higkeit sicherstellen**

6928 Angesichts der internationalen Herausforderungen muss Deutschland seine Kapazi-  
6929 täten zur strategischen Analyse stärken und seine strategische Kommunikation in-  
6930 tensivieren. Deshalb wird die Bundesregierung in den Ausbau des außen-, sicher-  
6931 heits- und entwicklungspolitischen Sachverstands investieren und bestehende Ein-  
6932 richtungen wie die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), das Deutsche  
6933 Institut für Entwicklungspolitik (DIE), die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik  
6934 (DGAP), die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF), das German Institute of  
6935 Global and Area Studies (GIGA), die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktfor-  
6936 schung (HSFK), das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg  
6937 (IFSH), die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC), das Zentrum für Osteuropa- und  
6938 internationale Studien (ZOIS) und die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) stär-  
6939 ken.

6940  
6941 Zur Stärkung europäischer Handlungsfähigkeit wollen wir die Idee eines „European  
6942 Council on Global Responsibilities“ unterstützen, die in EU-Mitgliedstaaten wie  
6943 Frankreich und Polen diskutiert wird. Der Council soll als unabhängige Institution Ini-  
6944 tiativen formulieren, die Europas Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit ermutigen  
6945 und dazu beitragen, unsere Interessen bei der Gestaltung einer neuen Weltordnung  
6946 selbstbewusster zur Geltung zu bringen.

6947  
6948 Die Ertüchtigung von Partnern in fragilen Regionen ist ein zentrales Ziel deutscher  
6949 Sicherheitspolitik. Wir wollen darum den nationalen, von Auswärtigem Amt und Bun-  
6950 desministerium der Verteidigung verantworteten Mittelansatz ausbauen und auch  
6951 weiterhin den Bedarf unserer Partner an Beratung, Ausbildung und Ausstattung ab-  
6952 decken. Wir setzen uns dafür ein, dass für Ertüchtigungsprojekte im Sicherheitsbe-  
6953 reich auf EU-Ebene (CBSD) rasch ein gesondertes Finanzinstrument außerhalb der  
6954 EU-Entwicklungsfinanzierung eingerichtet wird.

6955

6956 **2. Internationale und europäische Bündnisse und Partnerschaften**

6957

6958 **Vereinte Nationen stärken**

6959 Die Vereinten Nationen (VN) sind Fundament einer regelbasierten Internationalen  
6960 Ordnung. Deutschland will mehr Verantwortung für Frieden und Sicherheit überneh-  
6961 men, auch mit Übernahme eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat. Für die Jahre  
6962 2019/2020 streben wir einen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat an. Für die Zu-  
6963 kunft streben wir einen ständigen Sitz der Europäischen Union an.

6964

6965 Wir sind bereit, unsere freiwilligen VN-Beiträge strategischer auszurichten und zu  
6966 erhöhen. Wir werden die Vereinten Nationen weiterhin in der Friedenssicherung en-  
6967 gagierte und verlässlich unterstützen, indem wir insbesondere Hochwertfähigkeiten für  
6968 Friedensmissionen nach dem Rotationsprinzip bereitstellen. Zudem wollen wir den  
6969 VN-Standort Bonn auf Grundlage eines neuen Gaststaatsgesetzes stärken.

6970

6971 **Transatlantische Partnerschaft als Werte- und Interessengemeinschaft festigen**

6972 Mit den USA und Kanada verbindet uns eine starke Werte- und Interessengemein-  
6973 schaft. Nur gemeinsam können wir die Herausforderungen in unserer Nachbarschaft  
6974 und die der Globalisierung bewältigen. Davon lassen wir uns in unseren Beziehun-  
6975 gen leiten. Diese bleiben auch wirtschaftlich von herausragender Bedeutung für  
6976 Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit für Deutschland und Europa.

6977

6978 Die USA durchlaufen einen tiefgreifenden Wandel, der uns vor große Herausforde-  
6979 rungen stellt. Darauf werden wir unsere Politik entsprechend ausrichten. Wir wollen  
6980 darauf mit Dialog und verstärkten Kooperationsangeboten reagieren. Wir setzen uns  
6981 für einen offenen, intensiven Dialog mit der US-Administration, dem Kongress und  
6982 Vertretern der US-Bundesstaaten ein und intensivieren unsere Anstrengungen, deut-  
6983 schen und europäischen Positionen in Washington Gehör zu verschaffen. Hierzu ge-  
6984 hört eine stärkere, regelmäßige Präsenz deutscher und europäischer Entscheidungs-  
6985 trägerinnen und Entscheidungsträger in den USA.

6986

6987 Um das gegenseitige Verständnis und Vertrauen der kommenden Generationen in-  
6988 einander zu festigen, streben wir einen intensiveren Austausch mit der amerikani-  
6989 schen Bevölkerung auch außerhalb der politischen und wirtschaftlichen Zentren der  
6990 USA an, und wir wollen gezielt Institutionen fördern, die eine Plattform für diesen Dia-  
6991 log bieten.

6992

6993 Wir werden das Deutschlandjahr in den USA in den Jahren 2018/2019 nutzen, um  
6994 den gesellschaftlichen Dialog in aller Breite zu verstärken und die Kontaktmöglichkei-  
6995 ten auszubauen.

6996

6997 Wir wollen faire und belastbare Handelsbeziehungen zu den USA. Protektionismus  
6998 ist nicht der richtige Weg.

6999

7000 **Deutschland als verlässlicher Partner in NATO, OSZE und Europarat**

7001 Die NATO bleibt unverzichtbarer Garant und ist Fundament unserer Sicherheit.  
7002 Deutschland ist und bleibt ein verlässlicher Partner in der Allianz.

7003

7004 Wir wollen den europäischen Beitrag zur transatlantischen Partnerschaft stärken und  
7005 setzen uns für eine engere Zusammenarbeit der NATO und der EU ein. Wir wollen  
7006 die vereinbarten NATO-Fähigkeitsziele erreichen und Fähigkeitslücken schließen.

7007  
7008 Deutschland wird auch künftig einen angemessenen Beitrag zum Erhalt der Ab-  
7009 schreckungs- und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses und zu einer starken euro-  
7010 päischen Verteidigung leisten. Zugleich bleibt die NATO dialogbereit.

7011  
7012 Wir begrüßen die Wiederaufnahme von regelmäßigen Konsultationen im Rahmen  
7013 des NATO-Russland-Rats und werden uns auch künftig dafür einsetzen, dieses In-  
7014 strument verstärkt zur Vertrauensbildung und Konfliktreduzierung zu nutzen.

7015  
7016 **OSZE**

7017 Wir bekräftigen die zentrale Rolle der Organisation für Sicherheit und Zusammenar-  
7018 beit in Europa (OSZE) für die gesamteuropäische Sicherheit und Vertrauensbildung  
7019 und für die Beilegung bewaffneter Konflikte in Europa. Wir setzen uns für eine Stär-  
7020 kung der Sonderbeobachtermission SMM als zentrales Element zur Umsetzung der  
7021 Minsker Vereinbarungen in der Ukraine ein.

7022  
7023 **Europarat**

7024 Gerade in einer Zeit neuer Herausforderungen wollen wir, dass der Europarat Hüter  
7025 und Bewahrer elementarer Grund- und Menschenrechte bleibt. Für die effiziente Be-  
7026 wältigung der Aufgaben benötigt er eine ausreichende finanzielle Grundlage, zu der  
7027 wir beitragen wollen. Wir wirken daran mit, dass eine klare wertebasierte Arbeit des  
7028 Europarats stets möglich ist. Die gleichberechtigte Mitarbeit aller Mitglieder ist lang-  
7029 fristig unser Ziel.

7030  
7031 **3. Abrüstung und restriktive Rüstungsexportpolitik**

7032 Rüstungskontrolle und Abrüstung bleiben prioritäre Ziele deutscher Außen- und Si-  
7033 cherheitspolitik. Wir wollen ein neues konventionelles und nukleares Wettrüsten auf  
7034 unserem Kontinent vermeiden. Deutschland wird deshalb neue Initiativen für Rüs-  
7035 tungskontrolle und Abrüstung ergreifen. Wir setzen uns entschlossen für die weltwei-  
7036 te verifizierbare Abrüstung von allen Massenvernichtungswaffen ein.

7037  
7038 Ziel unserer Politik ist eine nuklearwaffenfreie Welt. Wir unterstützen daher regionale  
7039 Initiativen für Zonen, die frei von Massenvernichtungswaffen sind. Wir setzen auf die  
7040 Einhaltung und einen stetigen und verantwortlichen Ausbau der Nichtverbreitungs-  
7041 und Kontrollregime.

7042  
7043 Im nuklearen Bereich setzen wir uns für die strikte Einhaltung des INF-Vertrages (In-  
7044 termediate Range Nuclear Forces) ein. Eine vollständige Überprüfbarkeit ist essenti-  
7045 ell. Ein russischer Vertragsbruch, für den es begründete Sorgen gibt, hätte erhebliche  
7046 Auswirkungen, weil derartige Waffen jedes Ziel in Europa erreichen könnten.

7047  
7048 Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im Strategischen Konzept der  
7049 NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen  
7050 Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben. Erfolgreiche Abrüstungsgesprä-  
7051 che schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland und Europa sta-  
7052 tionierten taktischen Nuklearwaffen.

7053

7054 Wir wollen den „Strukturierten Dialog“ der OSZE intensivieren, um Bedrohungs-  
7055 perceptionen zu erörtern, Sicherheitskooperation wiederzubeleben und die konventi-  
7056 onelle Rüstungskontrolle zu stärken.

7057  
7058 Wir setzen uns dafür ein, dass der Einsatz von Explosivwaffen in dicht besiedelten  
7059 Gebieten, wie wir ihn mit der grausamen Kriegsführung mit Fassbomben in Syrien  
7060 erleben mussten, in aller Deutlichkeit geächtet wird.

7061  
7062 Autonome Waffensysteme, die der Verfügung des Menschen entzogen sind, lehnen  
7063 wir ab. Wir wollen sie weltweit ächten.

7064  
7065 Deutschland wird auch künftig für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter Luft-  
7066 fahrzeuge in internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime eintreten.

7067

#### 7068 **Für eine restriktive Rüstungsexportpolitik**

7069 Wir schränken die Rüstungsexporte für Drittländer weiter ein, die weder NATO noch  
7070 EU-Mitgliedsländer sind, noch diesen gleichgestellt. Ergänzend zu den Kleinwaffen-  
7071 grundsätzen vom Mai 2015 sollen Kleinwaffen grundsätzlich nicht mehr in Drittländer  
7072 exportiert werden. Wir schärfen noch im Jahr 2018 die Rüstungsexportrichtlinien  
7073 aus dem Jahr 2000 und reagieren damit auf die veränderten Gegebenheiten.

7074

7075 Wir werden ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese unmit-  
7076 telbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Firmen erhalten Vertrauensschutz, sofern sie  
7077 nachweisen, dass bereits genehmigte Lieferungen ausschließlich im Empfängerland  
7078 verbleiben. Wir wollen diese restriktive Exportpolitik mit Blick auf den Jemen auch mit  
7079 unseren Partnern im Bereich der europäischen Gemeinschaftsprojekte verabreden.

7080

7081 Auf dieser Basis streben wir ebenfalls eine gemeinsame europäische Rüstungsex-  
7082 portpolitik an und wollen den gemeinsamen Standpunkt der EU fortentwickeln.

7083

### 7084 **4. Bilaterale und regionale Zusammenarbeit in Europa und der Welt**

7085

#### 7086 **Westlicher Balkan**

7087 Wir stehen zur EU-Beitrittsperspektive der Staaten des Westlichen Balkans. Es ist  
7088 Voraussetzung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen bzw. einen EU-Beitritt,  
7089 dass die Staaten der Region die dafür vorgesehenen Kriterien vollständig erfüllen.  
7090 Dazu gehören insbesondere umfassende, nachhaltige und unumkehrbare Reformen  
7091 beim Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und bei der Bekämpfung von Organisierter Kri-  
7092 minalität und Korruption.

7093

7094 Wir setzen uns dafür ein, die Reformbemühungen der Westbalkan-Staaten noch  
7095 stärker als bisher zu unterstützen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung die Zu-  
7096 sammenarbeit innerhalb der Region, insbesondere im Rahmen des „Berliner Prozes-  
7097 ses“, auch in Zukunft entschieden unterstützen.

7098

#### 7099 **Russland**

7100 Deutschland hat ein nachdrückliches Interesse an guten Beziehungen zu Russland  
7101 und an enger Zusammenarbeit zur Sicherung von Frieden und zur Regelung wichti-  
7102 ger internationaler Herausforderungen.

7103



7104 Russland ist unser größter europäischer Nachbar, mit dem wir Frieden in Europa, die  
7105 Integrität nationaler Grenzen und die Souveränität aller Staaten nur auf Grundlage  
7106 der OSZE-Prinzipien garantieren wollen. Es besteht im wirtschaftlichen Austausch  
7107 ein großes Potenzial und im zivilgesellschaftlichen Bereich ein starkes Kooperations-  
7108 interesse.

7109  
7110 Deshalb bedauern wir, dass Russlands Politik, einschließlich der Menschenrechtsla-  
7111 ge, einen erheblichen Rückschritt bedeutet. Russland verletzt durch seine völker-  
7112 rechtswidrige Krim-Annexion und das Eingreifen im Osten der Ukraine die europäi-  
7113 sche Friedensordnung. Diese gegenwärtige russische Außenpolitik verlangt von uns  
7114 besondere Achtsamkeit und Resilienz.

7115  
7116 Deutschland und Frankreich werden sich weiter intensiv für die Lösung des Konflikts  
7117 in der Ostukraine und die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen einsetzen. Im Mit-  
7118 telpunkt dieser Anstrengungen stehen zunächst die Einhaltung des Waffenstillstands  
7119 im Osten der Ukraine und der Rückzug aller schweren Waffen und aller bewaffneten  
7120 Einheiten aus diesem Gebiet. Diese Entwicklungen sollen durch eine Mission der  
7121 Vereinten Nationen abgesichert werden. Sowohl Russland als auch die Ukraine  
7122 müssen ihre Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen erfüllen.

7123  
7124 Bei Umsetzung der Minsker Vereinbarungen sind wir zu einem Abbau der Sanktio-  
7125 nen bereit und werden darüber einen Dialog mit unseren europäischen Partnern füh-  
7126 ren.

7127  
7128 Wir halten an der Vision eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis  
7129 Wladiwostok fest. Beide Seiten und ganz Europa können davon profitieren.

7130  
7131 Ziel unserer Politik gegenüber Russland bleibt eine Rückkehr zu auf gegenseitigem  
7132 Vertrauen und friedlichem Interessenausgleich basierenden Beziehungen, die wieder  
7133 eine enge Partnerschaft ermöglichen.

7134  
7135 Wir werden die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen  
7136 Partnerschaft und mit Russland, u. a. im Petersburger Dialog, stärken und wollen die  
7137 Mittel dafür erhöhen.

7138

### 7139 **Ukraine**

7140 Wir werden die Ukraine bei der Wiederherstellung voller territorialer Integrität sowie  
7141 Stärkung der Stabilität und gesellschaftlicher Fortentwicklung engagiert unterstützen.  
7142 Wir erwarten und fördern die konsequente Implementierung der Reformagenda in  
7143 der Ukraine, insbesondere die Bekämpfung der Korruption, mit dem Ziel einer um-  
7144 fassenden Modernisierung des Landes. Unsere Finanztransfers werden wir nur unter  
7145 strikten Konditionalitäten gewähren.

7146  
7147 Deutschland ist bereit, sich substantiell am Wiederaufbau des Donbass zu beteiligen,  
7148 sobald wesentliche Fortschritte bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen dies  
7149 ermöglichen.

7150

### 7151 **Türkei**

7152 Die Türkei ist ein wichtiger Partner Deutschlands und Nachbar der EU, zu dem wir  
7153 vielfältige Beziehungen haben. Deshalb haben wir ein besonderes Interesse an ei-  
7154 nem guten Verhältnis zur Türkei.

7155  
7156 Die Lage der Demokratie, von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in der Tür-  
7157 kei hat sich seit längerem verschlechtert. Deshalb wollen wir bei den Beitrittsverhand-  
7158 lungen keine Kapitel schließen und keine neuen öffnen.

7159  
7160 Visa-Liberalisierung oder eine Erweiterung der Zollunion sind erst dann möglich,  
7161 wenn die Türkei die notwendigen Voraussetzungen erfüllt.

7162  
7163 **Region des Nahen und Mittleren Ostens, Golfregion und Nordafrika**

7164 Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel  
7165 als jüdischem und demokratischem Staat und dessen Sicherheit. Das Existenzrecht  
7166 Israels ist für uns unumstößlich und ein Pfeiler deutscher Politik. Unser Ziel ist ein  
7167 Leben aller Menschen im Nahen und Mittleren Osten ohne Angst und in Würde.

7168  
7169 Deutschland wird sich weiter für eine Lösung des Nahostkonflikts auf Basis einer  
7170 Zweistaatenlösung einsetzen. Der Status von Jerusalem wird genauso wie andere  
7171 abschließende Statusthemen erst im Zuge von Verhandlungen geklärt werden, um  
7172 dauerhaft akzeptiert und haltbar zu sein. Die aktuelle Siedlungspolitik Israels wider-  
7173 spricht geltendem Völkerrecht und findet nicht unsere Unterstützung, weil sie eine  
7174 Zwei-Staatenlösung erschwert.

7175  
7176 Wir werden in der EU eine Initiative sowohl zur ausreichenden und nachhaltigen Fi-  
7177 nanzierung als auch der Reform des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-  
7178 Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) ergreifen. Zugleich verurteilen wir jegliche  
7179 Aufrufe zu Gewalt und Hetze. Das Existenzrecht Israels darf nicht in Frage gestellt  
7180 werden. Wir fordern, dass Handlungen, egal von welcher Seite, die einer endgültigen  
7181 Friedenslösung entgegenstehen, sofort beendet werden. In den palästinensischen  
7182 Gebieten sind auf allen Ebenen demokratische Fortschritte nötig.

7183  
7184 Der Nahe und Mittlere Osten ist von politischer Instabilität, innerstaatlichen Konflikten  
7185 und regionalen Spannungen geprägt. Der Krieg in Syrien ist nicht beendet, der Terror  
7186 des IS ist nicht überwunden. Diese Krisen betreffen Deutschland und Europa direkt  
7187 durch Fluchtbewegungen sowie durch Terroranschläge.

7188  
7189 Es ist unser zentrales Interesse, den politischen Prozess zur Überwindung des syri-  
7190 schen Konflikts in Zusammenarbeit mit den internationalen Partnern mitzugestalten.  
7191 Dabei halten wir am Prinzip der territorialen Integrität Syriens und des Iraks fest. Wir  
7192 sind bereit, unser stabilisierendes, humanitäres und entwicklungspolitisches Enga-  
7193 gement in beiden Staaten weiter zu intensivieren. Deutschland wird sich u. a. auch  
7194 durch den Ausbau freiwilliger Rückkehrprogramme dafür engagieren, dass die Men-  
7195 schen wieder in ihre Heimat zurückkehren können.

7196  
7197 Wir werden in diesem Rahmen auch unser Engagement im Rahmen der Anti-IS-  
7198 Koalition fortsetzen und anpassen.

7199  
7200 Wir werden unsere Anstrengungen fortsetzen, Spannungen und Rivalitäten innerhalb  
7201 der Region abzubauen. Dort, wo unsere Partner in der Region Reformen zur Moder-  
7202 nisierung und Öffnung voranbringen (z. B. „Vision 2030“ in Saudi-Arabien“), begrü-  
7203 ßen wir dies. Gleichzeitig erwarten wir insbesondere die Verbesserung der besorg-  
7204 niserregenden Menschenrechtsslage.

7205

7206 Wir setzen uns dafür ein, dass die Nuklearvereinbarung mit Iran (JCPOA) bewahrt  
7207 und vollständig umgesetzt wird. Dazu gehört u. a. die strikte Beachtung ihrer nuklear-  
7208 technischen Bestimmungen ebenso wie der Abbau spezifischer Hindernisse, die die  
7209 wirtschaftliche Aktivität Irans belasten.

7210  
7211 Die Rolle Irans im Nahen- und Mittleren Osten bleibt problematisch. Wir haben Sorge  
7212 wegen des ballistischen Raketenprogramms und Irans Aktivitäten in seiner Nachbar-  
7213 schaft. Hierzu wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern Politikansätze entwickeln.

7214  
7215 In Ländern wie Jordanien, Libanon, Ägypten und Tunesien werden wir die wirtschaft-  
7216 liche und politische Stabilisierung fördern und die Resilienz gegen Gefahren terroris-  
7217 tischer Strukturen stärken. Zudem werden wir die Einheitsregierung Libyens und den  
7218 dortigen VN-Prozess und Institutionenaufbau auch im Rechtsbereich unterstützen.

## 7219 7220 **Afrika**

7221 In keiner Region der Welt zeigen sich die Veränderungen der internationalen Politik  
7222 so drastisch wie in Afrika. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten  
7223 Afrikas ist eine zentrale Aufgabe unserer Zeit. Es liegt in unserem eigenen wirt-  
7224 schaftspolitischen, sicherheitspolitischen und migrationspolitischen Interesse, zu ei-  
7225 nem Abbau des Entwicklungs- und Wohlstandsgefälles beizutragen.

7226  
7227 Unsere Afrika-Politik folgt inzwischen einem breiten Ansatz, an dem mehrere Res-  
7228 ssorts beteiligt sind. Das wird seinen Ausdruck auch in der Fortschreibung und Wei-  
7229 terentwicklung unserer afrikapolitischen Leitlinien finden, an der alle betroffenen  
7230 Ressorts unter Federführung des Auswärtigen Amtes beteiligt werden.

7231  
7232 Aufbauend auf den Weichenstellungen der vergangenen Legislaturperiode müssen  
7233 wir durch entschlossene, weitreichende Maßnahmen in zentralen Bereichen unsere –  
7234 deutschen wie europäischen – Handlungsansätze ausbauen: mit neuen Ansätzen für  
7235 gute Regierungsführung, für den Auf- und Ausbau der afrikanischen Friedens- und  
7236 Sicherheitsarchitektur, bei der Förderung von nachhaltigen und entwicklungsförder-  
7237 nden Privatinvestitionen, dem Aufbau der Infrastruktur, unserer Unterstützung im Bil-  
7238 dungssektor und bei der Schaffung menschenwürdiger Arbeit sowie bei der Förde-  
7239 rung im Bereich der Sicherheitssektoren.

7240  
7241 Anstrengungen der Afrikanischen Union (AU) und regionaler Organisationen zur ver-  
7242 stärkten Integration wollen wir, auch finanziell, unterstützen.

7243  
7244 Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern werden wir die Zusammenarbeit mit  
7245 der Region der G5 Sahel im Rahmen eines umfassenden Politikansatzes die zivile  
7246 und sicherheitspolitische Zusammenarbeit intensivieren. Wir unterstützen den Aufbau  
7247 der neu gegründeten Eingreiftruppe der G5-Sahel-Staaten.

## 7248 7249 **Lateinamerika**

7250 Lateinamerika und Europa haben vieles gemeinsam und teilen strategische Interes-  
7251 sen. Wir wollen insbesondere unsere Handelsbeziehungen intensivieren und dabei  
7252 die laufenden Verhandlungen der EU mit Mexiko und dem MERCOSUR zu einem  
7253 baldigen Abschluss bringen. Neben Handelsfragen sind für uns Klimapolitik, Umwelt-  
7254 schutz, soziale Gerechtigkeit, eine faire Globalisierung sowie Sicherheit und Frieden  
7255 zentrale Punkte unserer Kooperation.

7256

7257 **Asien**

7258 Die ungebrochene Dynamik Asiens bietet weiterhin große Chancen für Deutschland  
7259 und Europa. Gleichzeitig zeichnen sich in der Region massive Veränderungen der  
7260 internationalen Ordnung ab. Asien birgt durch eine Vielzahl ungelöster Konflikte gro-  
7261 ßes Konfliktpotenzial. Wir setzen uns daher ein für ein starkes wirtschafts-, gesell-  
7262 schafts- und sicherheitspolitisches Engagement Deutschlands und Europas in Asien.

7263  
7264 Wir wollen unsere seit Jahrzehnten mit Japan bestehende enge und bewährte  
7265 Freundschaft und Wertepartnerschaft pflegen und weiterentwickeln. Dies gilt auch für  
7266 Südkorea.

7267  
7268 Aufgrund Indiens geostrategischer Lage, seiner Größe und seiner dynamischen Ent-  
7269 wicklung haben wir ein herausragendes Interesse an der Vertiefung unserer strategi-  
7270 schen Partnerschaft.

7271  
7272 Chinas Politik und künftige Entwicklung ist auch für uns von großer Bedeutung. Sei-  
7273 ne geostrategische Rolle wird weiter wachsen. Dazu werden wir unsere strategische  
7274 Partnerschaft ausbauen. Chinas ökonomische Entwicklung ist besonders für die  
7275 deutsche Wirtschaft eine große Chance. Zugleich verlangt die Gestaltung unserer  
7276 Beziehungen große Aufmerksamkeit. Deutschland und Europa müssen bei der Öff-  
7277 nung ihrer Märkte auf das Prinzip der Gegenseitigkeit setzen und definieren, wo un-  
7278 sere gemeinsamen strategischen Interessen liegen und wie sie gesichert werden  
7279 können. Exemplarisch für Chancen und Risiken steht die Seidenstraßen-Initiative  
7280 Chinas. Wir wollen hierzu eine europäische Antwort entwickeln, um unsere Interes-  
7281 sen zu wahren, und deutsche und europäische Finanzinstrumente besser ausstatten  
7282 und bündeln.

7283  
7284 Zugleich werden wir im Dialog mit China angesichts der vielfältigen chinesischen  
7285 Macht- und Einflussprojektionen die Bedeutung einer regelbasierten internationalen  
7286 Ordnung für Stabilität und eine funktionierende Weltwirtschaft betonen. Dabei wer-  
7287 den wir ebenso auf Wahrung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit behar-  
7288 ren.

7289  
7290 Nordkoreas militärisches Nuklearprogramm ist aktuell eine der größten Gefahren für  
7291 den Weltfrieden. Deshalb ist das Land zu Recht mit Sanktionen belegt. Wir sind da-  
7292 von überzeugt, dass es nur eine diplomatische Lösung geben kann.

7293  
7294 **Afghanistan**

7295 Wir sind überzeugt, dass Afghanistan weiter unterstützt werden muss, damit es zu-  
7296 künftig mit funktionierenden Sicherheitsstrukturen selbst für Sicherheit im eigenen  
7297 Land sorgen kann. Unser Ziel ist ein afghanisch geführter Friedens- und Versöh-  
7298 nungsprozess und eine konstruktive Einbindung der regionalen Akteure, insbesonde-  
7299 re Pakistans. Wir sind bereit, gemeinsam und in Abstimmung mit unseren Verbünde-  
7300 ten unser ziviles und auch unser militärisches Engagement insbesondere im Norden  
7301 des Landes fortsetzen.

7302  
7303 **5. Außenwirtschaftspolitik sowie Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik**

7304 Deutschlands Wirtschaftskraft ist die Grundlage für unseren Wohlstand und zugleich  
7305 Voraussetzung für unser außenpolitisches Gewicht. Die Stärke der deutschen Wirt-  
7306 schaft beruht auf ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit und internationalen Verflechtung.

7307

7308 In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, welche Standards und Regeln in  
7309 Handel, Klima- und Energiepolitik die internationale Ordnung prägen werden. Inter-  
7310 nationale Handels- und Wirtschaftspolitik hat in Zeiten von zunehmendem Protektio-  
7311 nismus eine gestiegene außenpolitische Bedeutung. Deshalb wollen wir die zentra-  
7312 len Institutionen eines regelbasierten, multilateralen Wirtschafts- und Handelssys-  
7313 tems wie Welthandelsorganisation, OECD und Internationale Energieagentur, Inter-  
7314 nationaler Währungsfonds und die Weltbank stärken und weitere Freihandelsab-  
7315 kommen mit hohen, verbindlichen Standards und unter Einbeziehung der Zivilgesell-  
7316 schaft schließen.

7317

### **Politische Stiftungen unterstützen**

7318 Die politischen Stiftungen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum internationalen  
7319 Dialog und stärken damit auch das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland. Wir  
7320 wollen die internationale Arbeit der politischen Stiftungen auch in Zukunft unterstüt-  
7321 zen und rechtlich sichern.

7322

7323

7324

### **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ausbauen**

7325 Der härter werdende globale Wettbewerb um Köpfe, Ideen und Werte verdeutlicht  
7326 die wichtige Aufgabe der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) für  
7327 Deutschlands Ansehen und Einfluss in der Welt. Sie ist integraler Bestandteil unserer  
7328 Außenpolitik. Wir wollen in dieser Legislaturperiode die Mittel für die Auswärtige Kul-  
7329 tur- und Bildungspolitik erhöhen.

7330

7331 Wir wollen die Chancen der AKBP noch besser nutzen, indem wir den internationalen  
7332 Austausch, insbesondere im Bereich Wissenschaft, Kultur, Bildung, Sprache und  
7333 Sport ausbauen. Das Netzwerk des Goethe-Instituts soll insbesondere in deutsch-  
7334 französischer Zusammenarbeit ausgebaut, im digitalen Bereich modernisiert und  
7335 durch eine Öffnung gegenüber neuen Kooperationsformen weiterentwickelt werden.  
7336 Das Netzwerk deutscher Auslandsschulen und internationaler Schulpartnerschaften  
7337 soll ausgebaut und gestärkt werden. Unsere Mittler, wie etwa den Deutschen Aka-  
7338 demischen Austauschdienst (DAAD), die Alexander von Humboldt-Stiftung und das  
7339 Institut für Auslandsbeziehungen, unterstützen wir in ihrem Wirken.

7340

7341 Europa ist auch ein kulturelles Projekt. Deshalb soll die europäische Dimension der  
7342 AKBP auf allen Ebenen auch mit Blick auf die deutsche Ratspräsidentschaft 2020  
7343 noch stärker berücksichtigt werden.

7344

7345 Gerade in Krisengebieten werden wir unseren Einsatz für Kulturgüterschutz und den  
7346 Erhalt kulturellen Erbes insbesondere durch das Deutsche Archäologische Institut,  
7347 sowie Programme zum Schutz von verfolgten Künstlern, Wissenschaftlern und Jour-  
7348 nalistinnen verstärken.

7349

7350 Wir wollen die strategische Auslandskommunikation und insbesondere die Zusam-  
7351 menarbeit mit der Deutschen Welle verstärken und auf die digitale Zukunft ausrich-  
7352 ten, um ein realistisches Bild von Deutschland zu befördern. Dies ist auch notwendig,  
7353 um im Wettbewerb der Narrative und Werte zu bestehen und in verschiedenen Regi-  
7354 onen der Welt gegen hybride Informationsverfälschung vorgehen zu können.

7355

7356 Wir wollen die kulturelle Zusammenarbeit mit Afrika verstärken und einen stärkeren  
7357 Kulturaustausch befördern, insbesondere durch die Aufarbeitung des Kolonialismus  
7358 sowie den Aufbau von Museen und Kultureinrichtungen in Afrika.

- 7359  
7360 Wir wollen Mittel bereitstellen u. a. für die Ausstellung des Flugzeugs „Landshut“ im  
7361 Gedenken an die Entführung im Jahr 1977 und für die dringend notwendige Sanie-  
7362 rung der Abtei Dormitio in Jerusalem.  
7363
- 7364 Wir wollen die notwendigen Reformen der UNESCO aktiv unterstützen. Dazu werden  
7365 wir die Arbeit der Deutschen UNESCO-Kommission weiterentwickeln und sie adä-  
7366 quat ausstatten.  
7367
- 7368 **Deutsche Volksgruppen und Minderheiten**
- 7369 Die deutschen Volksgruppen und Minderheiten sind Teil unserer kulturellen und his-  
7370 torischen Identität, bereichern die kulturelle Vielfalt in ihren Ländern und stellen ein  
7371 wichtiges Band der Verbindung zwischen Deutschland und seinen Partnerländern  
7372 dar. Wir wollen sie weiter fördern und unterstützen.  
7373
- 7374 **6. Menschenrechte, Krisenprävention und humanitäre Hilfe**
- 7375 Die Menschenrechte sind universell und unteilbar.  
7376
- 7377 Wir wenden uns entschlossen gegen die zunehmende und gezielte Einschränkung  
7378 von Zivilgesellschaften („Shrinking Spaces“), die sich für Demokratie, Rechtsstaat-  
7379 lichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen.  
7380
- 7381 Wir treten weiterhin konsequent ein für die Abschaffung der Todesstrafe und das  
7382 Verbot von Folter, die Stärkung der Rechte von Frauen insbesondere in gewaltsa-  
7383 men Konflikten, den Schutz und die Stärkung von Kinderrechten, für Arbeitnehmerin-  
7384 nen und Arbeitnehmer sowie Gewerkschaftsrechte. Wir kämpfen gegen Menschen-  
7385 handel, illegalen Organhandel sowie Ausgrenzung und Gewalt aufgrund sexueller  
7386 Orientierung.  
7387
- 7388 Die Menschenrechtsschutzmechanismen auf der Ebene der Vereinten Nationen, der  
7389 Europäischen Union sowie des Europarates wollen wir konsequent stärken. Wir en-  
7390 gagieren uns mit Nachdruck für die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofes und  
7391 der Ad-hoc-Tribunale der Vereinten Nationen sowie deren Unterstützung durch die  
7392 internationale Staatengemeinschaft und beteiligen uns an der Weiterentwicklung des  
7393 humanitären Völkerrechts. Wir bekennen uns zur Europäischen Menschenrechtskon-  
7394 vention. Darüber hinaus werden wir die menschenrechtliche Kohärenz zwischen den  
7395 einzelnen Politikfeldern verbessern und die Menschenrechtsarchitektur in Deutsch-  
7396 land stärken.  
7397
- 7398 Zum Schutz von verfolgten Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie Men-  
7399 schenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern wollen wir das erfolgreiche parlamen-  
7400 tarische Patenschaftsprogramm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ des Deut-  
7401 schen Bundestags stärken.  
7402
- 7403 Wir streben die Ratifikation des Zusatzprotokolls zum Sozialpakt der Vereinten Nati-  
7404 onen sowie der ILO-Konvention 169 zum Schutz der indigenen Völker an.  
7405
- 7406 Religionsfreiheit ist ein zentrales Menschenrecht, das weltweit zunehmend einge-  
7407 schränkt oder komplett infrage gestellt wird. Das gilt für zahlreiche religiöse Minder-  
7408 heiten weltweit. Unsere Solidarität gilt allen benachteiligten religiösen Minderheiten.

7409 Dazu zählt der beharrliche Einsatz für viele Millionen verfolgter Christinnen und  
7410 Christen.

7411  
7412 Wir werden das Amt der/des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religi-  
7413 onsfreiheit schaffen. Wir werden den Bericht der Bundesregierung zur weltweiten  
7414 Lage der Religionsfreiheit im zweijährigen Rhythmus und systematischen Länderan-  
7415 satz fortschreiben.

7416  
7417 Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Wirt-  
7418 schaft und Menschenrechte (NAP) ein, einschließlich des öffentlichen Beschaffungswesens. Falls die wirksame und umfassende Überprüfung des NAP 2020 zu dem  
7419 Ergebnis kommt, dass die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen nicht aus-  
7420 reicht, werden wir national gesetzlich tätig und uns für eine EU-weite Regelung ein-  
7421 setzen.

7422  
7423  
7424 **Krisenprävention und humanitäre Hilfe**

7425 Wir werden die im Jahr 2017 beschlossenen Leitlinien für Krisenprävention, Konflikt-  
7426 bearbeitung und Friedensförderung als Referenzrahmen für Deutschlands Engage-  
7427 ment zur Krisenverhütung und Friedensförderung konsequent umsetzen.

7428  
7429 Wir setzen den zweiten Nationalen Aktionsplan zur VN-Resolution 1325 für eine  
7430 gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen in der Krisenprävention, Konfliktbewältigung  
7431 und Friedenskonsolidierung um.

7432  
7433 Wir werden den Zivilen Friedensdienst und das Zentrum für Internationale Friedens-  
7434 einsätze (ZIF) als Kompetenzzentrum für Friedenseinsätze stärken. Mittelfristig stre-  
7435 ben wir an, das ZIF auch für Aufbau und Unterhaltung einer kurzfristig verfügbaren  
7436 zivilen Einsatzreserve zu befähigen.

7437  
7438 Wir werden uns entsprechend der wachsenden Bedeutung humanitärer Hilfe enga-  
7439 gieren und diese weiter ausbauen sowie die Wahrung der internationalen humanitären  
7440 Prinzipien und das VN-System stärken. Dieses ist sowohl im Sinne der konkreten  
7441 Hilfe zum Überleben von Menschen als auch der Konfliktminimierung. Wir werden die  
7442 humanitäre Hilfe stärker und effizienter mit den Aufgaben der Krisenprävention, der  
7443 Stabilisierung, der Katastrophenrisikovorsorge sowie der Friedensförderung abstim-  
7444 men und in Umsetzung der Beschlüsse des Humanitären Weltgipfels 2016 stärker  
7445 mit der strukturbildenden Entwicklungszusammenarbeit vernetzen.

7446  
7447 **7. Moderne Bundeswehr**

7448 Die Bundeswehr ist Garant unserer Sicherheit. Gemeinsam mit unseren Partnern  
7449 leistet sie entscheidende Beiträge zum Schutz und zur Verteidigung unseres Landes  
7450 und unserer Verbündeten. Innerhalb des umfassenden und vernetzten Ansatzes en-  
7451 gagiert sie sich weltweit für Frieden und Sicherheit.

7452  
7453 Wir betonen den Charakter der Bundeswehr als Parlamentsarmee. Sie unterliegt der  
7454 Kontrolle des Deutschen Bundestages, der damit eine besondere Verantwortung für  
7455 unsere Soldatinnen und Soldaten trägt. Damit die Bundeswehr die ihr erteilten Auf-  
7456 träge in allen Dimensionen sachgerecht erfüllen kann, werden wir den Soldatinnen  
7457 und Soldaten die bestmögliche Ausrüstung, Ausbildung und Betreuung zur Verfü-  
7458 gung stellen – dies gilt insbesondere auch für den Bereich der persönlichen Ausstat-  
7459 tung.

7460  
7461 Hierzu werden wir die in der Bundeswehr eingeleiteten Trendwenden Personal, Ma-  
7462 terial und Finanzen konsequent fortführen. Dabei erfordert die sicherheitspolitische  
7463 Lage eine stärkere Akzentuierung der Landes- und Bündnisverteidigung. Die Grund-  
7464 aufstellung der Bundeswehr muss dem Rechnung tragen.

7465  
7466 **Aktuelle Auslandseinsätze der Bundeswehr anpassen**

7467 Auslandseinsätze der Bundeswehr erfolgen stets im Rahmen eines politischen Kon-  
7468 zepts, das fortlaufender Evaluierung unterliegt.

7469  
7470 Die Bundeswehrmission im Nordirak war erfolgreich, der IS ist dort weitgehend militä-  
7471 risch zurückgedrängt. Deshalb können wir das Ausbildungsmandat im Nordirak aus-  
7472 laufen lassen und beenden. Die Obergrenze des Anti-IS-Mandats zur Unterstützung  
7473 und Entlastung unserer Verbündeten, insbesondere Frankreichs, kann deutlich ab-  
7474 gesenkt werden. In einem weiteren Schritt wollen wir dieses Mandat zur umfassen-  
7475 den Stabilisierung und zur nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors insbesondere  
7476 durch capacity building weiterentwickeln.

7477  
7478 Unsere Beteiligung am RSM-Mandat (Resolute Support Mission) in Afghanistan wol-  
7479 len wir bei unverändertem Auftrag fortsetzen. Im Rahmen des multilateral vereinbar-  
7480 ten Schutzkonzepts für Nordafghanistan werden wir die Zahl der eingesetzten Solda-  
7481 tinnen und Soldaten zum Schutz der Ausbilder erhöhen.

7482  
7483 Die UN-mandatierte Mission MINUSMA in Mali wird fortgesetzt. Zur Übernahme der  
7484 Feldlagerverantwortung von den Niederländern werden wir die Obergrenze im gerin-  
7485 gen Umfang heraufsetzen.

7486  
7487 **Für die Menschen in der Bundeswehr – ein attraktiver Arbeitgeber**

7488 Das zentrale Leitbild der Inneren Führung und der Soldatin und des Soldaten als  
7489 „Staatsbürger in Uniform“ ist und bleibt Maßstab. Diese Fundamente wollen wir mit  
7490 dem Prozess „Innere Führung heute“ stärken. Die politische Bildung ist dabei von  
7491 entscheidender Bedeutung. Ein zukunftsweisender Traditionserlass wird vornehmlich  
7492 die eigene Geschichte der Bundeswehr in den Mittelpunkt stellen.

7493  
7494 Kern der Einsatzbereitschaft und aller Fähigkeiten der Bundeswehr ist ausreichen-  
7495 des, qualifiziertes und hochmotiviertes militärisches und ziviles Personal. Deswegen  
7496 muss die Bundeswehr auch in den kommenden Jahren ein moderner, wettbewerbs-  
7497 fähiger, demografiefester und attraktiver Arbeitgeber bleiben, der jederzeit über ent-  
7498 sprechende Kräfte verfügt. Gute Arbeitsbedingungen sind Grundvoraussetzung für  
7499 arbeitszufriedene und leistungsstarke Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitar-  
7500 beiterinnen und Mitarbeiter.

7501  
7502 Wir werden dazu die Gedanken der Agenda Attraktivität und die Personalstrategie  
7503 der Bundeswehr weiterentwickeln und ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern.

7504  
7505 Wo dies gesetzgeberisches Handeln erfordert, werden wir noch in diesem Jahr einen  
7506 Gesetzentwurf zur nachhaltigen Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der  
7507 Bundeswehr mit dem Ziel vorlegen, die Gehalts- und Besoldungsstrukturen wettbe-  
7508 werbsgerecht zu gestalten, das Dienstrecht zu flexibilisieren, die mit den hohen Mobi-  
7509 litätsanforderungen verbundenen hohen Belastungen besser auszugleichen und eine  
7510 bessere soziale Absicherung von Bundeswehrangehörigen, insbesondere auch beim



7511 Zugang zur Gesetzlichen Krankenversicherung nach Ende der Dienstzeit von Solda-  
7512 tinnen und Soldaten auf Zeit zu erreichen und dadurch Versorgungslücken zu schlie-  
7513 ßen und die Berufsförderung zu stärken.

7514  
7515 Unterkünfte müssen bedarfsgerecht auch für nicht unterkunftspflichtige Soldatinnen  
7516 und Soldaten bereitgestellt werden.

7517  
7518 Wir werden die Ausbildungsstrukturen der Bundeswehr sowie ihre Führungs- und  
7519 Ausbildungskultur in einer „Trendwende Ausbildung“ evaluieren, überprüfen und wei-  
7520 terentwickeln. Dort, wo es sinnvoll ist, wollen wir die Strukturen der bisher in weiten  
7521 Teilen zentralen Ausbildung wieder in die Truppe zurückführen. Dabei wird der Ver-  
7522 teidigungsausschuss eingebunden.

7523  
7524 Die Verantwortung des Dienstherrn, dem die Soldatinnen und Soldaten durch einen  
7525 Dienst ein Leben lang verbunden sind, endet nicht mit ihrem Ausscheiden aus der  
7526 Bundeswehr. Dies gilt gleichermaßen für die engsten Angehörigen der Soldatinnen  
7527 und Soldaten, die im Einsatz für unser Land zu Schaden gekommen sind. Dazu ge-  
7528 hört auch, dass Anträge auf Wehrdienstbeschädigung im Rahmen der gesetzlichen  
7529 Regelungen schnell und unbürokratisch bearbeitet werden.

7530  
7531 Für den geleisteten Dienst aller Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr für Frie-  
7532 den und Freiheit gebührt diesen eine besondere gesellschaftliche Anerkennung. Die-  
7533 ser Dank gilt auch den zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundeswehr.

7534  
7535 Infrastruktur muss insgesamt schnell zur richtigen Zeit am richtigen Ort zur sachge-  
7536 rechten Aufgabenerfüllung zur Verfügung stehen. Dabei arbeitet die Bundeswehr mit  
7537 den Länderbehörden eng zusammen. Dazu sind Prozesse zu evaluieren, zu optimie-  
7538 ren, Zuständigkeiten zu entflechten und die Handlungskompetenz der Bundeswehr  
7539 zu stärken.

7540  
7541 Vor einer endgültigen Abgabe von Liegenschaften der Bundeswehr werden wir vor  
7542 dem Hintergrund der Trendwenden jeweils noch einmal den zukünftigen Bedarf prü-  
7543 fen. Unseren Bedarf werden wir auch in Hinblick auf Liegenschaften prüfen, deren  
7544 Abgabe bereits vollzogen ist.

7545  
7546 Die Bundesregierung wird dem Verteidigungsausschuss zeitnah einen umfassenden  
7547 Bericht zum Militärischen Nachrichtenwesen vorlegen.

7548  
**Für eine modern ausgerüstete Bundeswehr**

7549 Die Bundeswehr beschafft, was sie braucht, und nicht, was ihr angeboten wird.

7550  
7551  
7552 Ein transparentes, effektives und in seinen Prozessen optimiertes Rüstungswesen ist  
7553 die Grundlage für die bestmögliche Ausrüstung unserer Soldatinnen und Soldaten.  
7554 Wir werden darum die in der vergangenen Legislaturperiode begonnene Erneuerung,  
7555 Modernisierung und Erweiterung der Bundeswehr fortführen und dabei für eine Be-  
7556 schleunigung der Prozesse, insbesondere des Beschaffungswesens, sorgen.

7557  
7558 Dazu bedarf es einer Anpassung der zum Teil seit Jahrzehnten unveränderten Rah-  
7559 menbedingungen des Rüstungswesens in Deutschland.

7560

7561 Wir werden bis Ende 2019 untersuchen, in welcher Weise die Beschaffungsorganisa-  
7562 tion der Bundeswehr an ihren Standorten in ihrer Organisationsform angepasst wer-  
7563 den sollte.

7564

7565 Wir werden neben der Sicherstellung der nachhaltigen Finanzierung der Bundeswehr  
7566 die notwendigen Voraussetzungen schaffen zur Gewährleistung überjähriger Pla-  
7567 nungs- und Finanzierungssicherheit für Rüstungsinvestitionen.

7568

7569 Durch die differenzierte Darstellung von Rüstungsprojekten im Haushaltsplan und die  
7570 halbjährlichen Rüstungsberichte ist die Transparenz für das Parlament deutlich ge-  
7571 stiegen.

7572

7573 Um den Bedarf für Einsätze bzw. einsatzgleiche Verpflichtungen schneller decken zu  
7574 können, werden wir Auslegungshilfen für den Verzicht auf den EU-weiten Teilnah-  
7575 mewettbewerb (§ 12 Vergabeverordnung Verteidigung und Sicherheit) zur Verfügung  
7576 stellen. Zum Erhalt nationaler Souveränität bei Schlüsseltechnologien werden wir  
7577 bestehende vergaberechtliche Spielräume konsequenter nutzen, Auslegungshilfen  
7578 zur Verfügung stellen und prüfen, inwieweit der Ausnahmetatbestand des Art. 346  
7579 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Beschaffungs-  
7580 praxis stärker herangezogen werden kann. Wir werden darüber hinaus notwendige  
7581 gesetzliche Anpassungen vornehmen.

7582

7583 Zur Sicherstellung technologischer Innovationsführerschaft werden wir unter Feder-  
7584 führung des Bundesministerium der Verteidigung und des Bundesministerium des  
7585 Innern eine „Agentur für Disruptive Innovationen in der Cybersicherheit und Schlüs-  
7586 selstechnologien“ (ADIC) sowie einen IT-Sicherheitsfonds zum Schutz sicherheitsrele-  
7587 vanter Schlüsseltechnologien einrichten.

7588

7589 Chancen und Risiken der Digitalisierung sind auch für die Bundeswehr das entschei-  
7590 dende Zukunftsthema. Die Digitalisierung der Bundeswehr ist dabei konsequent zu  
7591 verfolgen und mit den erforderlichen Ressourcen zu hinterlegen. Kennzeichen der  
7592 Digitalisierung ist hohes Innovationstempo – diesem gilt es auch in der Bundeswehr  
7593 gerecht zu werden. Die im Weißbuch 2016 festgelegten Entwicklungslinien der Bun-  
7594 deswehr im Bereich Cybersicherheit werden dabei konsequent weiter verfolgt.

7595

7596 Wir werden im Rahmen der Europäischen Verteidigungsunion die Entwicklung der  
7597 Euro-Drohne weiterführen. Als Übergangslösung wird die Drohne HERON TP ge-  
7598 least. Über die Beschaffung von Bewaffnung wird der Deutsche Bundestag nach  
7599 ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung ge-  
7600 sondert entscheiden. Hierzu wird die Bundesregierung eine gesonderte Vorlage er-  
7601 stellen und dem Deutschen Bundestag zuleiten.

7602

7603 Vor einer zukünftigen Beschaffung von bewaffnungsfertigen Drohnen sind die kon-  
7604 zeptionellen Grundlagen für deren Einsatz zu schaffen.

7605

7606 Völkerrechtswidrige Tötungen lehnen wir kategorisch ab, auch durch Drohnen.

7607

7608 **8. Entwicklungspolitik für eine gerechte Globalisierung**

7609 Globalisierung muss gerecht gestaltet werden. Die Schere zwischen arm und reich  
7610 weltweit darf nicht weiter auseinanderlaufen.

7611

7612 Unser Auftrag ist die ambitionierte Umsetzung der entwicklungspolitischen Gipfelzu-  
7613 sagen (G7 und G20), der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen und des Pariser Klimaabkommens unter Beteiligung der Zivilgesellschaft.  
7614  
7615

7616 Die Umsetzung der Agenda 2030 und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung  
7617 sind Maßstab des Regierungshandelns. Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie wollen wir kontinuierlich und ambitioniert weiterentwickeln.  
7618  
7619

7620 Um die vor uns liegenden globalen Herausforderungen bewältigen zu können, brauchen wir einen Dreiklang aus öffentlichen Mitteln, nachhaltigen und entwicklungsfördernden Privatinvestitionen und einer neuen fairen Handelspolitik. Eine gute Regierungsführung bei unseren Partnern ist Grundvoraussetzung für das Gelingen.  
7621  
7622  
7623  
7624

7625 Wir setzen uns für eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Entwicklungsländer in der internationalen Finanz- und Steuerpolitik ein, für nachhaltige Finanzierungsmechanismen und den Aufbau von effektiven und gerechten Steuersystemen.  
7626  
7627  
7628

### 7629 **Fairer Handel**

7630 Fairer und nachhaltiger Handel braucht gemeinsame Regeln und klare Leitplanken. Der beste Rahmen dafür sind die Vereinten Nationen mit ihren Organisationen für Handel (UNCTAD) und Entwicklung (UNIDO) sowie die Welthandelsorganisation (WTO) und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Gemeinsam mit unseren Partnern werden wir neue Initiativen für einen entwicklungspolitisch wirksamen Abschluss der WTO-Welthandelsrunde und einen neuen Vorstoß für faire Handelsbeziehungen einbringen.  
7631  
7632  
7633  
7634  
7635  
7636  
7637

7638 Wir wollen Vorreiter für eine faire Handelspolitik mit Afrika sein. Wir werden die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den afrikanischen Staaten (EPAs) daraufhin überprüfen, ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dienen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in allen EU-Handels-, -Investitions- und -Wirtschaftspartnerschaftsabkommen verbindliche soziale (u. a. ILO-Kernarbeitsnormen), menschenrechtliche und ökologische Standards und konkrete Beschwerde-, Überprüfungs- und Reaktionsmechanismen vereinbart werden. Dies gilt auch für das Allgemeine Präferenzsystem (APS und APS+) der EU. Die Afrikanische Union unterstützen wir beim Aufbau einer einheitlichen panafrikanischen Freihandelszone.  
7639  
7640  
7641  
7642  
7643  
7644  
7645  
7646  
7647  
7648

7649 Die EU-Verordnung zum Handel mit Konfliktmineralien werden wir zügig in nationales Recht mit starken Durchsetzungsbestimmungen umsetzen und uns auf europäischer Ebene für die Abschaffung der Freigrenzen und Ausweitung auf die gesamte Lieferkette einsetzen.  
7650  
7651  
7652  
7653

### 7654 **Marshallplan mit Afrika umsetzen**

7655 Wir werden im Rahmen des Marshallplans mit Afrika die Zusammenarbeit mit Reformpartner- und G20-Compactländern verstärken und konditionieren. Zur Umsetzung wird ein Ressortkreis unter Federführung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gebildet. Schwerpunkte werden ein Mittelstandsförder- und Startup-Programm, um mehr Chancen und menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen und zu einer Stärkung afrikanischer Angebote beizutragen.  
7656  
7657  
7658  
7659  
7660  
7661

7662 gen, ein Programm für Ausbildungspartnerschaften und zur Errichtung und Förde-  
7663 rung von dezentralen erneuerbaren Energien sein.

7664

7665 Wir unterstützen die Transformationsprozesse der südlichen Mittelmeeranrainer und  
7666 wollen die Maghreb-Staaten schrittweise weiter in den europäischen Wirtschaftsraum  
7667 integrieren.

7668

7669 In den Verhandlungen für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der Europäi-  
7670 schen Union streben wir eine Erhöhung der Mittel für unsere Zusammenarbeit mit  
7671 Afrika an. Wir werden die Post-Cotonou-Verhandlungen aktiv und unter Einbindung  
7672 der Zivilgesellschaft gestalten.

7673

### 7674 **Gleichberechtigung und Bildung als Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwick-** 7675 **lung**

7676 Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die Förderung der Rechte  
7677 von Mädchen und Frauen bleiben Grundlage unserer Entwicklungszusammenarbeit.

7678 Wir wollen für alle gute Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten entlang der gesam-  
7679 ten Bildungskette fördern. Wir bauen deshalb diesen Bereich in allen Partnerländern  
7680 aus und wollen bis zum Ende der Legislaturperiode unsere entsprechenden Haus-  
7681 haltsmittel wesentlich steigern. Wir wollen darüber hinaus als neue Initiative Investiti-  
7682 onsprojekte der regionalen Entwicklungsbanken mit beruflicher Ausbildung verbind-  
7683 den. Ferner erhöhen wir die Mittel für die entwicklungspolitische Bildung im Inland.

7684 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung auch für Entwicklungssprünge nutzen.  
7685 Schwerpunkte werden die Unterstützung beim Aufbau von Digitalzentren, die Förde-  
7686 rung von E-Learning und E-Health-Maßnahmen sein.

7687

### 7688 **Den Ausbau von sozialen Sicherungs- und Gesundheitssystemen fördern**

7689 Wir werden uns für die erfolgreiche Umsetzung des Auf- und Ausbaus universeller  
7690 sozialer Basisschutzsysteme unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Nichtreg-  
7691 erungsorganisationen einsetzen. Hierzu gehören insbesondere auch Gesundheits-  
7692 systeme.

7693

7694 Wir wollen in die öffentliche Forschung investieren, um insbesondere vernachlässigte  
7695 und armutsbedingte Krankheiten zu bekämpfen. Internationale Partnerschaften wie  
7696 den Globalen Fonds gegen Aids/HIV, Tuberkulose und Malaria (GFATM) und die  
7697 globale Impfallianz (GAVI) wollen wir mit ausreichenden Mitteln ausstatten und unse-  
7698 re gegebenen Zusagen erfüllen.

7699

### 7700 **Für eine Welt ohne Hunger und Armut**

7701 Die Überwindung von Hunger und Armut in der Welt ist ein wesentliches Ziel unserer  
7702 Entwicklungspolitik. Wir wollen die ländlichen Räume auch im Rahmen der Sonder-  
7703 initiative „Eine Welt ohne Hunger“ stärken und stellen die Förderung von Kleinbäue-  
7704 rinnen und -bauern, lokale nachhaltige Lösungen und genossenschaftliche Ansätze  
7705 in den Vordergrund. Die Förderung soll vorrangig der Lebensmittelproduktion für die  
7706 lokalen und regionalen Märkte dienen.

7707

7708 Jeglichen Formen unverantwortlicher Spekulation mit Nahrungsmitteln werden wir  
7709 entgegentreten. Wir bekräftigen unsere Zusage (G7-Gipfel 2015 in Elmau), 500 Milli-  
7710 onen Menschen aus Hunger und Mangelernährung zu führen. Wir setzen uns für ei-  
7711 nen gerechten Zugang zu Land, Wasser und Fischgründen für die lokale Bevölke-  
7712 rung ein und werden „Landgrabbing“ nicht akzeptieren.

7713  
7714  
7715  
7716  
7717  
7718  
7719  
7720  
7721  
7722  
7723  
7724  
7725  
7726  
7727  
7728  
7729  
7730  
7731  
7732  
7733  
7734  
7735  
7736  
7737  
7738  
7739  
7740  
7741  
7742  
7743  
7744  
7745  
7746  
7747  
7748  
7749  
7750  
7751  
7752  
7753  
7754  
7755  
7756  
7757  
7758  
7759  
7760  
7761  
7762  
7763

### **Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel stärken**

Entwicklungs- und Schwellenländer wollen wir bei ihren Anstrengungen im Klimaschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel sowie beim Schutz der biologischen Vielfalt unterstützen. Wir setzen konsequent auf die Förderung erneuerbarer Energien, auf eine dezentrale Versorgung, insbesondere in ländlichen Gebieten, sowie auf den Zugang zu sauberer, bezahlbarer und sicherer Energie. Wir werden dazu weitere Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern eingehen.

Wir wollen Investitionsanreize für Klimaschutzprojekte in Schwellen- und Entwicklungsländern setzen, die Strukturen für eine Green-Economy und den Ausbau Erneuerbarer Energien verbessern. Wir wollen durch multi- und bilaterale Entwicklungszusammenarbeit den Aus- und Aufbau von Kreislaufwirtschaftssystemen unterstützen.

### **Fluchtursachen bekämpfen – Zukunftsperspektiven schaffen**

Existenzielle Notlagen führen zu Flucht und Migration. Wir wollen akute und strukturelle Fluchtursachen mindern, einen entscheidenden Beitrag zum Wiederaufbau leisten, zur Rückkehr von Flüchtlingen beitragen und Aufnahmeländer bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen weiter unterstützen. Darum bauen wir insbesondere unser „Cash for Work“-Programm und weitere Programme weiter aus.

### **Entwicklungsfinanzierung und nachhaltige Investitionen ausbauen**

Wir werden auch unsere Ausgaben in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention deutlich erhöhen. Die Erreichung der ODA-Quote von 0,7 Prozent ist unser Ziel.

Wir werden die Zusage, 0,15-0,2 Prozent des Brutto-Nationaleinkommens für die ärmsten Länder (LDCs) bereit zu stellen, so schnell wie möglich erreichen.

Wir werden Möglichkeiten prüfen, um Fondsgründungen mit Sitz in Deutschland mit privatem Kapital für entwicklungspolitische Zwecke zu realisieren.

Wir wollen die Instrumente der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft anpassen.

Der Einsatz staatlicher Mittel zur Mobilisierung und Absicherung privaten Kapitals kann nur dann gewährt werden, wenn die Vorhaben überprüfbar im Einklang mit den international anerkannten Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards stehen. Für die Förderung von nachhaltigen privaten Investitionen des Mittelstandes prüfen wir mit enger parlamentarischer Begleitung die Erarbeitung eines Entwicklungsinvestitionsgesetzes. Dabei wollen wir die besonderen Herausforderungen in fragilen und am wenigsten entwickelten Ländern berücksichtigen.

### **Unsere Kooperationspartner stärken**

Wir wollen das zivilgesellschaftliche Engagement fördern und dabei insbesondere Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften, politische und private Stiftungen und Partnerschaften mit der Wirtschaft sowie mit Kommunen stärken. Austauschprogramme wie den „Weltexpertenservice“ und das Programm „weltwärts“ wollen wir weiter ausbauen.

- 7764 **Verbesserung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit**  
7765 Wir wollen die Wirksamkeit erhöhen, indem wir Umsetzungsvorschriften überprüfen,  
7766 zeitgemäß anpassen und uns besser über ODA-relevante Vorhaben abstimmen.